



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Jan Wagner (DIE LINKE)

### **Erfolg und Aussicht der Behördenrufnummer 115**

Kleine Anfrage - KA 6/7698

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium der Finanzen**

**1. Wie häufig wurde die 115 im Landkreis Börde sowie der Stadt Magdeburg angewählt?**

Im Landkreis Börde konnten seit der Aktivierung der zentralen Servicenummer 115 ca. 2000 Anrufe registriert werden. In der Landeshauptstadt Magdeburg wurden vom Servicecenter, nachdem es am 1. Dezember 2010 seinen Betrieb aufgenommen hat, ca. 28.000 Anrufe entgegengenommen.

**2. An welche Behörden wurde dabei weiter vermittelt? Bitte aufteilen in Gemeinde, Kreis, Land, Bund, Europa.  
Wie oft konnte nicht weitervermittelt werden?**

Die eingehenden Anrufe werden nicht an andere Behörden weiter vermittelt. Es wurden jedoch ca. 0,25 % aller eingegangenen Anrufe an andere Servicecenter im 115-Verbund weitervermittelt. Hierbei handelte es sich um Anfragen mit regionalem Bezug außerhalb Sachsen-Anhalts.

**3. Welche Kosten sind bisher im Rahmen der Umsetzung des Projektes entstanden?**

Für die Umsetzung des Projektes sind im Jahr 2011 insgesamt Kosten i. H. v. 46.750,52 € und für das Jahr 2012 Kosten von insgesamt 44.104,18 € entstanden. Unabhängig von der Entscheidung zu Gunsten der bundeseinheitlichen Servicrufnummer 115 sieht das Land Sachsen-Anhalt den telefonischen Service als unterstützungswürdige E-Government-Komponente an und hat z. B. Mittel des Konjunkturförderprogramms K II eingesetzt.

(Ausgegeben am 04.12.2012)

**4. Welche Planungen strebt die Landesregierung an, den Service eines einheitlichen Zugangs zu Behörden auf Systeme wie Websites und E-Mail auszuweiten?**

Im Internet steht mit dem Bürger- und Unternehmensservice Sachsen-Anhalt bereits ein einheitlicher Zugang zu Leistungsinformationen des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen zur Verfügung.

Der Bund und die Länder erarbeiten derzeit gemeinschaftlich eine Multikanalstrategie. Dadurch soll der Zugang der Bürger zu den Informationen über alle Kommunikationskanäle sichergestellt werden. Diese Strategie soll auf dem Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung (LeiKa) aufbauen und alle Zugangskanäle (persönlich, postalisch, Fax, E-Mail, Internet, Telefon) umfassen. Die hierfür maßgebenden Vorhaben Föderales Informationsmanagement (Standardisierung), LeiKa (Basisinformationen) und Behördenfinder (Informationsvermittlung zwischen Informationsbereitstellenden Systemen) werden von Sachsen-Anhalt federführend verantwortet.

Der Bürger- und Unternehmensservice des Landes wird derzeit um einen weiteren Kommunikationskanal zwischen Behörden und Bürgern im Rahmen des Projektes „Melder ST“ ergänzt.